

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 33.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter für die Besondere Postzeitung für das Erzgebirge, am Montag in der Postzeitung, am Montag in der Postzeitung, am Montag in der Postzeitung, am Montag in der Postzeitung.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 141

Sonnabend, den 20. Juni 1925

20. Jahrgang

Die französische Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar.

Das deutsche Memorandum vom 9. Februar.

Bei Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich gegenwärtig für eine Regelung der Sicherheitsfrage bieten, wünschte man von einem ähnlichen Gedanken ausgehen, wie er dem im Dezember 1923 von dem damaligen deutschen Reichskanzler Cuno gemachten Vorschlag zugrunde lag. Deutschland könnte sich zum Beispiel mit einem Pakt einverstanden erklären, wodurch sich die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland, fester für eine näher zu vereinbarenden längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten könnten. Ein Krieg gegeneinander zu führen. Mit einem solchen Pakt könnte ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden wie er in den letzten Jahren zwischen verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen worden ist. Zum Abschluss derartiger Schiedsverträge, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit.

Für Deutschland wäre außerdem auch ein Pakt annehmbar, der ausdrücklich den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantiert. Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unverrückbar zu achten, daß sie ferner, und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich, die Erfüllung dieser Verpflichtung garantieren, und daß sie endlich jede Handlung, die der Verpflichtung zuwiderläuft, als eine gemeinfeindliche Angelegenheit ansehen werden. Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakte die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles übernommen hat. Auch mit einem derartigen Pakt könnten Schiedsverträge der oben bezeichneten Art zwischen Deutschland und allen benachbarten Staaten verbunden werden, die ihrerseits zu solchen Abreden bereit sind.

Den vorstehend angeführten Beispielen werden sich noch andere Lösungsmöglichkeiten anreihen lassen. Auch könnten die diesen Beispielen zugrundeliegenden Gedanken in der einen oder anderen Weise kombiniert werden. Im übrigen wird zu erwägen sein, ob es nicht ratsam ist, den Sicherheitspakt so zu gestalten, daß er eine alle Staaten umfassende Weltkonvention nach Art des vom Völkerbund aufgestellten „Protocole pour le règlement pacifique des différends internationaux“ vorbereitet, und daß er im Falle des Zustandekommens einer solchen Weltkonvention von ihr absorbiert oder in sie hineingearbeitet wird.

Die französische Note vom 16. Juni.

Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar d. J. wissen ließ, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums geprüft, das ihr am 9. Februar durch Se. Excellenz v. Hoeßl überreicht worden ist.

Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen.

In dem Wunsch, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, haben sie die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können.

Indes hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der deutschen Note die Fragen in volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennenzulernen, da ein vorheriges Einberufen hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich scheint.

I.

Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig.

Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundsatzung gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält.

Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet; aber ein Abkommen ließe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundsatzung vorgesehen sind.

Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund und unter dem in dem Schreiben des Völkerbundsrates vom 18. März 1925 angegebenen Bedingungen beiträgt.

II.

Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Aenderung der Friedensverträge mit sich bringen.

Die zu schließenden Abkommen dürften also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen noch faktisch zu einer Aenderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen.

So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

III.

Das Memorandum vom 9. Februar sagt zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den „am Rhein interessierten Mächten“ ins Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte:

1. Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten.
2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesondelter Garantie der vertragschließenden Staaten.
3. Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die festerliche Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte), neben der erneuerten Bestätigung der in den Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde.

Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pakte teilnehmen mußte.

Ebenso versteht es sich von selbst und geht auch aus dem Schweigen des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

IV.

Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich sowie mit den übrigen am Rheinpartei beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die „eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen“.

Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangsvolles Vorgehen lassen dürfte, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpaktes oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag gesetzt wird. Ein Schiedsvertrag gleich Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich.

Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Innehaltung sichergestellt werden durch die gemeinsame und gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der in den Rheinpartei aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es abschließt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedspruch auszuführen, zu feindlichen Handlungen schreitet.

Falls einer der Vertragschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundsrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertragschließenden die Wirksamkeit zu verleißen.

V.

Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hier-

zu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusage Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpartei anstrebt und für den er eine wesentliche Grundlage bilden will, nicht völlig gewährleistet werden könnte.

Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundsatzung und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können.

Diese so abgefaßten Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben wie die in Abschnitt IV vorgesehene. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpartei unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihrem Garant zu machen.

VI.

Nichts in den in dieser Note ins Auge gefaßten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundsatzung erwachsen.

VII.

Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefaßten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten.

Diese Abkommen müßten, der Satzung entsprechend, dem Völkerbund eingetragen und unter dessen Obhut gestellt werden.

Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten den so bezeichneten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werk des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich deren es notwendig schien, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen.

Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bilden.

Die Reichsregierung und die Note.

Die französische Note ist bisher Gegenstand zweier Ministerbesprechungen gewesen. Eine Besprechung mit den Parteiführern findet entgegen den Mitteilungen in einigen Blättern heute noch nicht statt. Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ist für die nächste Woche zu erwarten. Er wird dann sowohl über die Einmahnungsnote wie über die Sicherheitsnote zu verhandeln haben. Auch die Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder, die zunächst beschoben war, wird nunmehr in Kürze stattfinden.

In den Erörterungen der Presse über den Zeitpunkt der Antwort der Reichsregierung auf die französische Note in der Sicherheitsfrage hat die WTB von unterrichteter Seite, daß sich dieser Zeitpunkt im Augenblick noch in keiner Weise bestimmen läßt. Die Ausführungen der französischen Note berühren nahezu alle wichtigen Probleme der deutschen Außenpolitik. Kommt hinzu, daß diese Ausführungen zum Teil juristisch außerordentlich kompliziert sind und in manchen Einzelheiten auch zu Zweifeln Anlaß geben, wie die alliierten Vorschläge zu verstehen sind. Aus diesen Gründen ist eine sachliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Note erst nach sorgfältiger Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände denkbar.

Die deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz

Die nunmehr zur Veröffentlichung kommende französische Note stellt uns vor eine Reihe von zum Teil neuen Problemen. Unzweifelhaft wird mit ihr eine meritorische Behandlung der deutschen Anregung bezweckt; denn obwohl in der Einleitung zu dieser Note betont wird, daß sie die durch das deutsche Memorandum aufgeworfenen Fragen zunächst in volles Licht setzen wolle, wird im weiteren Verlauf doch schon zu den einzelnen Anregungen selbst Stellung genommen.

Die deutschen Anregungen setzen sich aus einer Reihe alternativer Vorschläge zusammen, wobei die Möglichkeit angedeutet war, einzelne von diesen Vorschlägen zu verbinden. Die französische Antwort macht aus diesen Einzelvorschlägen eine geschlossene konstruktive Einheit und bringt eine Reihe von neuen Momenten hinzu. So

Es nun die Forderung nach einem vorangehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, die Ausgestaltung dieser Bedingung zu einer Voraussetzung für den Vorkauf. Neu ist ferner die Art und Weise, wie eine Vermittlung des Schiedsgerichtsgedankens hiernach in das Vorkaufsystem eingebaut werden soll, und wie diese Schiedsgerichte obligatorisch gemacht werden sollen.

Während der Gedanke des Rheinpaktes an sich, wie er ursprünglich von der Regierung Cuno angeregt war, in der von dem deutschen Memorandum fixierten Form uneingeschränkt angenommen wird — und auch ohne daß territoriale Garantien für den Osten gefordert werden — während von einem „Durchmarschrecht“, von dem die französische Presse nach vor einigen Tagen wissen wollte, an keiner Stelle die Rede ist, liegt unter anderem besonders in der Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens in der hier angeführten, wenn auch nicht immer klar erkennbaren Richtung die Möglichkeit von Schwierigkeiten. Für sich selbst betont die französische Regierung (und das gleiche soll auch für Belgien gelten), daß ein Schiedsvertrag, als natürliche Ergänzung des Rheinpaktes, auf alle Konflikte Anwendung finden müsse und nur dann Raum für ein zwangswelches Vorgehen lassen solle, wenn das

1. durch eine Verletzung des Versailler Vertrages,
2. durch eine Verletzung des Rheinpaktes oder
3. auf Grund der Garantien erfolgen würde, die von den Vertragschließenden oder einem von ihnen für den Schiedsvertrag geleistet wird.

In Bezug auf die Rheingrenze kommt dieser dritte Punkt, der natürliche Gegenseitigkeitscharakter trägt bei Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland, also z. B. in erster Linie für England in Frage, eine Möglichkeit, der man allenfalls ins Auge sehen könnte.

Bedenklich wird die Einführung des Prinzips der Garantien aber in dem weiteren Falle, wo es sich um Deutschland und Polen bzw. um Deutschland und die Tschechoslowakei handelt.

Die Forderung nach Schiedsverträgen zwischen Deutschland und den letztgenannten Ländern ist ohne ihre namentliche Nennung, aber in der Wendung, durch die gleichartige Schiedsverträge wie mit den am Rhein interessierten Mächten mit denjenigen der deutschen Nachbarn geordnet werden, „die zwar nicht Partei der garantierten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben“, unzweideutig enthalten; denn das sind eben neben den Rheinansiegern nur die beiden Genannten. In ähnlicher Weise ist die Tatsache umschrieben, daß Frankreich sich selbst zum Garant der Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei zu machen wünscht. Denn nach der bereits bekannten Ablehnung Englands, sich irgendwie für den Status an den deutschen Ostgrenzen zu engagieren, bedeute „jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den gesamten Rheinpakt unterzeichnet hat“, in diesem Zusammenhang praktisch nur Frankreich. Das vertritt sich aber kaum mit den ethischen Grundzügen des Schiedsgerichtsgedankens, denn Frankreich, der Garant, ist zugleich Verbündeter der einen Vertragspartei.

Daneben könnte vom deutschen Standpunkt aus die Frage aufgeworfen werden, ob hier nicht eine ungewollte Häufung von Sicherungen vorliegt, die unter Umständen dem gewünschten Ergebnis abträglich ist, die Forderung nach einem vorübergehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund schärft im Vergleich mit den deutschen Anregungen eine veränderte Grundlage für die Schiedsverträge, und wenn das auch in Bezug auf den Rheinpakt vielleicht irgendwie begründet werden könnte, so ist z. B. die Forderung nach einer solchen Doppelgarantie für Polen kaum ein deutsches Erfordernis. Denn die formell vorhandene Gegenseitigkeit für alle hier vorgeschlagenen Vereinbarungen dient nach der tatsächlichen Lage Deutschland kaum.

Die Note fordert das Recht zum Eingreifen des Garantien, wenn eine der Parteien die Anrufung des Schiedsgerichts oder die Durchführung eines Schiedsvertrages unter Vornahme feindlicher Handlungen verweigert. Es ist nichts darüber gesagt, wer zur Feststellung eines solchen Verstoßes befugt sein soll, aber man könnte annehmen, daß der bedeutungsvolle Abschnitt VI diese Frage im Sinne eines notwendigen Völkerverbundes ist. Denn da heißt es ausdrücklich, daß die durch die Völkerverbündnisse festgestellten Rechte und Verpflichtungen von Bundesmitgliedern durch nicht in den neuen Verträgen berührt werden dürfen. Dann ist aber zunächst der scheinbare Widerspruch zu lösen, in dem diese Bestimmung mit der Forderung des Abschnitts IV steht, wonach ein zwangswelches Vorgehen in einem Konfliktsfalle zwischen Frankreich und Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages (Sanktionen, die freilich durch das Londoner Abkommen auf eine neue Grundlage gestellt wurden) auf Grund des Rheinpaktes oder auf Grund der Schiedsvertraggarantie, also gleichsam unmittelbar, erfolgen könne. Auch die Tatsache, daß in diesem Abschnitt ein Vorschlagsrecht des Völkerverbundes für die zu ergreifenden Maßnahmen nur in dem Fall vorgesehen wird, wenn eine Vertragspartei Verpflichtungen verletzt, ohne zu „feindlichen Handlungen“ zu greifen, macht eine Sicherstellung der jeweiligen Auslegung von Konfliktsituationen zum Bedürfnis.

Darüber hinaus ist manches an der französischen Note unklar und zu verschiedenartigen Auslegungen geeignet. Sie fordert nicht unmittelbare Verhandlungen, sondern zunächst eine Antwort, „die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten“, und die Reichsregierung wird an den Unklarheiten und neu eingeschalteten Problemen in ihrer demnächstigen Antwort nicht vorbeigehen können. Denn in der Tat beschränkt sich die französische Note, bezüglich deren weder formell die Zustimmung Englands und Belgiens, noch auf die Beteiligung Polens und der Tschechoslowakei zum Abschluß der hier gleichsam bedungenen Schiedsgerichtsverträge in Berlin bekannt ist, ja nicht auf die französischen, mit dem

Rheinpaktangebot angeknüpften Fragen, sondern stellt nahezu alle europäischen Fragen von Bedeutung auf. Sie macht den Völkerverbund eintritt Deutschlands, den Gegenseitigkeitspakt am Rhein, das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn und, auf dem Umweg über ihr Verhältnis zu Deutschland, das zukünftige Verhältnis der Mächte der ehemaligen Entente und ihrer neueren Verbündeten untereinander zum Gegenstand eines einzigen Lösungsvorschlages, der auf dem Wege eines bloßen Notenaustausches kaum durchgeführt werden kann. Es ist kein Zweifel, daß verschiedene Bestrebungen und Einflüsse, daß vor allem die englisch-französischen Kompromißbemühungen von Genf in Form und Wortlaut des vorliegenden Schriftstückes ihren Niederschlag gefunden haben. Daß Deutschland von sich aus auch weiterhin alles Mögliche tun wird, um zur Erreichung des angestrebten Zieles eines europäischen Friedens bezutrugen, braucht auch angesichts der unklaren, ergänzungsbedürftigen oder bedenklichen Stellen der französischen Note kaum nochmals betont zu werden.

Die Berliner Presse zur Sicherheitsfrage.

Berlin, 19. Juni. Trotz der verschiedenen Stellungnahme der Berliner Blätter zur französischen Antwortnote auf das deutsche Memorandum ist sich die gesamte Presse darin einig, daß die französischen Vorschläge hinsichtlich der abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge und der dafür vorgesehenen Garantien der Aufklärung bedürfen. Die Stellung der deutschen nationalen Presse kann man sehr wohl als Ablehnung der französischen Vorschläge bezeichnen. Im Gegensatz zur deutschen nationalen Presse steht die sozialparteiliche „Welt“ wohl Möglichkeiten, mit Frankreich über den Vorschlag zu Verhandlungen zu gelangen. „Germania“ stellt fest, daß sich Deutschland und Frankreich im Prinzip einig seien. „S. L.“ sagt: Die französische Note nimmt zwar den Gedanken des Sicherheitspaktes auf, bespricht ihn freundschaftlich und entgegenkommend, baut aber von vornherein so viele Barrieren gegen eine Verständigung auf, daß es langwieriger Verhandlungen bedürfen wird, um zur Klärung auch nur der Voraussetzungen zu einem Ausgleich zu kommen. Die „Post“ sagt: Die in der französischen Note einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Befriedung Europas. Der „Vorwärts“ kommt zu dem Urteil, daß die französische Note keine Erleichterung, sondern nur eine Verbreiterung der durch das deutsche Memorandum angesprochenen Diskussion bedeute.

Heute Kabinettsrat.

Die erste Kabinettsitzung über die Sicherheitsnote wird am Freitag mittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg stattfinden und dem Vernehmen nach zunächst keine endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts zu den französischen Vorschlägen bringen, sondern sich lediglich über die Frage schlüssig zu machen haben, ob und auf welcher Grundlage verhandelt werden soll.

Englische Stimmen warnen Deutschland, die Antwort nicht zu überhastigen. Eine vorzeitige Antwort wäre Painleve in der augenblicklich herrschenden Kabinettskrise willkommen, für uns aber von weittragender Bedeutung.

Das unerwünschte Marokkoadventur.

Neue Angriffe der Rifflute.

Paris, 18. Juni. Leon Roubaux schreibt im „Peuple“ vom 18. Juni zur Marokkopolitik der Regierung Painleve, für die öffentliche Meinung in Frankreich sei das Marokkoadventur absolut unerwünscht. Das Land wolle davon nichts wissen. Was man auch tue und was man auch sage, es werde nicht zulassen, daß eine Verteidigung gegen den Angriff der Rifflute sich in ein Unternehmen umgestalte, bei dem mehrere Tausenden und Hunderte von Millionen verschlungen werden, während Frankreich noch stark blutend aus dem Weltkrieg, mit äußerster Notwendigkeit Schwierigkeiten zu tun habe. Es genüge nicht, daß die Regierung versichert habe, sie suche den Frieden; die öffentliche Meinung wolle, daß dieser Wunsch sich in Taten auswirke. Es wäre überdies unmöglich zu behaupten, daß die öffentliche Meinung sich bei dem Gedanken eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Spanien beunruhige.

Wie amtlich aus Mes gemeldet wird, hat in der Nacht vom 18. auf den 17. Juni der Feind heftige Angriffe gegen die vorgeschobenen französischen Positionen in der Gegend von Terual und Ain Ualiss, 6 Kilometer nördlich von Terual unternommen. Er ist unter starken Verlusten zurückgeschlagen worden. Von den übrigen Fronten ist nichts zu melden.

Bulgariens Aufgaben.

Sofia, 18. Juni. Ueber die Lage und die neuen Aufgaben seiner Regierung, äußerte sich Ministerpräsident Jankoff wie folgt: Die Regierung, die sich auf die Kräfte der Nation und auf das Gewissen der intellektuellen Elemente stützt, wird auf dem vorgezeichneten Wege weiter gehen. Sie wird Bulgarien konsolidieren, die Gemüter beruhigen, diejenigen, die das Land ruinieren wollen, unschädlich machen, die Wunden des großen Krieges heilen und die Fehler der Vergangenheit wieder gut machen.

Eine Sonderkommission, bestehend aus den Vertretern des auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, des Eisenbahnministeriums und des Finanzministeriums sind nach Ploest in Jugoslawien abgereist, wo sie sich mit einer serbischen Sonderkommission, bestehend aus Vertretern derselben Ministerien, treffen, um über verschiedenen Streitfragen zu beraten und den Wirtschafts- und Handelsverkehr sowie die Emigrantenfrage zu regeln.

Die Verhandlungen der Mächte mit China abgebrochen.

London, 18. Juni. Nach einer Meldung aus Schanghai wurden die Verhandlungen der Vertreter der Mächte mit den Vertretern der chinesischen Regierung abgebrochen.

Ein drahtloser Bericht aus Schanghai meldet, daß sich die allgemeine Lage kritisch gestaltet. In Tschungking wurde durch die Vorstädte von Schanghai bewege und bei allen Vorfällen der britischen Nationalität werden in den Straßen der Stadt mit Steinen beworfen und auch sonst tätlich angegriffen.

Nach einer Neutermeldung aus Schanghai führten gestern 90 frühere Schulkollegen einen Protestzug an, der sich durch die Vorstädte von Schanghai bewegte und bei allen Läden, die englische und japanische Waren zum Verkauf feilboten, die Schaufenster einwarfen. Truppen Tschungking traten dazwischen und machten dem Unfug ein Ende.

Trotz aller offiziellen Versicherungen ist nichts geschehen, die gefährliche heberische Wühlarbeit gewisser Kreise zu hindern. An zahlreichen Stellen der Stadt wurden heute früh Plakate angeklebt, die im Bilde zeigten, wie die britische Polizei auf wehrlose Studenten, Frauen und Kinder schiessend und sie mit dem Bajonett aufspießt.

Tokio, 18. Juni. Die vereinigten Handelskammern nahen in einer Sitzung den Beschluß, der Regierung zu empfehlen, sich bezüglich Ergreifung der zur Wiederherstellung des Friedens in China notwendigen Maßnahmen den anderen Mächten anzuschließen.

Terror in China.

Schanghai, 18. Juni. Der Schiffsverkehr nimmt triste Formen an. Die Tätigkeit der Extremisten nimmt zu. Die Studenten halten Ansprachen an die Menge und reizen die britischen und japanischen Reklameplakate ab.

Weitere Meldungen, die allerdings amtlich noch nicht bestätigt worden sind, belagern:

In Kanton hat ein Schredensregiment begonnen. Das europäische Viertel ist bedroht. Die Japaner schicken Kriegsschiffe mit Truppen in die Bucht von Kanton.

„Daily Mail“ meldet aus Kanton: Die revolutionären Aufständischen haben 18 Europäer als Geiseln festgenommen. Das niederländische und das japanische Konsulat sind gestürmt worden.

Der Höhepunkt der Jahrtausendfeier.

Rundgebung Hindenburgs.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinlande die nachstehende Rundgebung an die rheinische Bevölkerung erlassen:

„Den Brüdern und Schwestern am deutschen Rhein entbiete ich den Gruß des Reiches zur Jahrtausendfeier! Der Gedanke, die tausendjährige Jugendfrische des Rheinlandes zum Deutschen Reich festlich zu begehen, ist im Kreise der rheinischen Bevölkerung entstanden. In all diesen Erinnerungstagen schließt sich das gegenwärtige Geschlecht als verantwortlicher Träger einer großen Vergangenheit. Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistungen der Vorfahren während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrtausend gedauert hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmark immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hinbrausen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Hingabe an die Güter der Kultur und an eine gesunde Fröhlichkeit doch den echten vaterländischen Ernst und die politische Scharfe in sich entwickelt hat, die auch die schweren Räte der Gegenwart zu bestehen vermag.“

Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Preußen, an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterlande festgehalten. Das ganze deutsche Volk dankt den Rheinländern für diese Ausdauer und diese Hingabe an die große Sache des Vaterlandes. Bleiben alle Deutschen diesen Tugenden getreu, dann wird — das ist mein unerschütterlicher Glaube — die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen. Wir geloben alle, daß wir nicht rasten werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwerster Bedrückung immer wieder geholfen hat, wird auch dieses Mal helfen!

ges. v. Hindenburg, Reichspräsident.

Anlässlich der Jahrtausendfeier in Düsseldorf fand ein Festakt im Kaiserpalast der Stadtlichen Tonhalle statt. Unter den Ehrengästen befanden sich: Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Brauns und Frenken, die preußischen Minister Scheuber, Weder, Seiger, Hiesler, Höpfer-Wischoff, der württembergische Staatspräsident Bogisse, der heftische Staatspräsident Ulrich, Ministerpräsident von Finsch-Odenburg, der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums Marquardt, Senatspräsident Dr. Sahn-Danzig, Graf-Detmold, der Staatsminister Schwabe-Waldenburg-Strelitz, Kardinal Erzbischof Dr. Schulte-Köln, Generaloberintendant von Klingemann-Robling, die Reichspräsidenten des Reichstages Dr. Well und v. Gode, der Präsident des preußischen Landtages Barthels, der Reichspräsident des preußischen Landtages und Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates Behr, Oberpräsident Fuchs-Robling, Präsident Dr. Kaufmann, Vorsitzender des Reichsverbandes der Rheinländer und zahlreiche hervorragende Vertreter von Industrie und Handel.

Aus Stadt und Land.

Mus. den 19 Juni 1920.

Gründung eines Automobilklubs. Am Mittwoch, den 17. Juni fand im Cafe Temper zwischen einigen begeisterten Automobilisten und sonstigen Sportfreunden eine Besprechung statt zwecks Gründung eines Automobilklubs für Aue und weitere Umgebung. Es soll damit einem lange gehegten Wunsche vieler Sportler endlich Rechnung getragen werden. Aus dieser Besprechung ergab sich auch, daß das Interesse für diesen Klub, der sowohl Automobilisten als auch Motorradfahrer umfassen soll, ein sehr reges ist. Aue wird in den nächsten Wochen (1. und 6. Juli) etwas in den Brennpunkt automobilistischer Veranstaltungen dadurch gerückt werden, daß die Sachsenfahrt die Orte Böhmis, Aue, Bodau berührt und hier sogar eine Kontrolle stattfindet. Aue ist der einzige Ort des Erzgebirges, der trotz seiner zentralen Lage und starker automobilistischer Bedeutung noch keinen eigenen Automobilklub besitzt. Die konstituierende Versammlung findet am Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr im Hotel Viktoria statt.

Der tragische Eisenbahnunfall bei Niederschlema, welchem der Chamaist Werner Gaedt aus Aue zum Opfer fiel, ist aufgeklärt. Es trifft nicht zu, daß der junge Mann, wie vielfach vermutet wurde, dem Beispiel einer diesseitigen Unfälle folgend, zur Verstärkung des Wagens durch den Tunnel gegangen ist. Diese Annahme hatte dadurch Nahrung gewonnen, daß der von Aue kommende Zug Nr. 1084 am Dienstag abend mit sehr großer Verspätung in Aue eintraf. Wie nun aber die amtlichen Ermittlungen ergeben haben und wie dies auch durch Augenzeugen bestätigt wird, hat Werner Gaedt den ersten Wagen des einlaufenden Zuges am Bahnhof Niederschlema bestiegen und zwar als einziger Passagier in einem Abteil 3. Klasse. Bei der Durchfahrt durch den Tunnel hat der unglückliche junge Mann wahrscheinlich das Fenster wegen des eindringenden Rauchs hochziehen wollen. Dabei hat die unvertiehl gemene Tür nachgegeben, was den Sturz aus dem Wagen zur Folge hatte. Die furchtbare Ungewißheit darüber, wie der Unglückliche den Tod gefunden, hat mit dieser Feststellungen ihre Aufklärung gefunden.

Radiumbad Oberschlema. Der 1. Junte Abend des Natur- und Kurtheaters fand gestern abend im Erzhof statt. Deltene und erste Vorträge brachten Fred Hoff und Walter Grünha. Reicher Beifall lohnte die nichtlichen Kinderredichte von Maria Goeffing. Unermüdlich und als Meister des Humors zeigte sich Herr Pötiger, der besonders mit seinen in Tracht vorgetragenen bairischen Gedichten, Liedern und Schma'berühmten Stürme des Beifalls entzückte. — Der Besuch war befriedigend, doch ist es zu hoffen, daß diese heiteren Abende sich bald eine größere Gemeinde werden.

Schneeberg-Oberschlema. Das Natur- und Kurtheater veranstaltet am Freitag, den 19. Juni einen großen bunten Abend im „Sächsischen Haus“, Schneeberg. Am Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr findet eine Aufführung von Bachwitz „Galante Nacht“ im „Karlshofhaus“, Neustädtel statt. Am Sonntag, den 21. Juni, nachm. 4 Uhr gelangt Augenrubers Volksstück „Der Pierrer von Kirchleib“ zur Aufführung.

Neuhäbel. Kreuzottern. An diekm Jahre sind bereits 122 Kreuzottern gegen Frankräumie bei der Polizei abgeliefert worden.

Böhmis. Straßenraub. In einem Walde in der Nähe Böhmis bei Aue ist am 14. Juni gegen 8 Uhr vorm. ein Raubrandfall ausgeführt worden, wobei dem Täter eine schwarze Lederhandschuh mit 7 Mark Inhalt, ein Lichtbild eines jungen Mädchens, ein weißes Taschentuch, bezeichnet R. D., ein weißer Haarkamm und ein Trinkbecher in die Hände gefallen sind. Der Unbekannte soll die Angefallene mit einem Revolver bedroht haben. Der Täter wird beschrieben: 1,65 bis 1,70 hoch, etwa 22 Jahre alt, schmächtig, bartlos, dunkelbraune Kopfschmähre, Haut- und Gesichtsfarbe braun, Sprache unverständlich, bekleidet mit schwarzen Schürchen, dunkler Hose, dunkelbraunem Jackett, einseitigen Hemd, ohne Knöpfe und ohne Kopfbedeckung. Wer mitande ist, über die Person des Täters etwas anzugeben, wird gebeten, dies umgehend bei der Kriminalabteilung zu melden.

Bielau. Wassermanes. Nach einer Mitteilung des Verbandswasserwerkes ache insofer Fehlen der Niederschläge der Wasserzufuhr ganz bebenflich zurück. Um vorläufig Sperrstunden zu vermeiden, wird um größte Sparlichkeit ersucht und im Interesse der öffentlichen Sicherheit das Verteilen der Gärten mit Leitungswasser bis auf weiteres verboten. Die Wasserleitung zum Friedhof mußte vorläufig gesperrt werden.

Kobowitz. Töblicher Unfall. Beim Deueinfahren fiel am Dienstag nachmittags in der 6. Stunde der 77-jährige Gutsbesitzer Gottlieb Schmalz vom vollbeladenen Wagen. Er erlitt dabei einen Schädelbruch, an dessen Folgen der Bedauernswerte verschied.

Falkenstein. Sein 83jähriges Jubiläum feiert am 20. und 21. Juni der Turnverein von 1810. Mehrere Ehrenmitglieder des Gaus werden an dieser seltenen Feier teilnehmen.

Blauen l. A. Stadtratswahl. Die Stadtbewohner wählen den Reinerwerbbaumeister a. D. Dr. Ina. (1. von Wunke, zur Zeit in Bad Nauheim, zum besoldeten Stadtrat. Dr. Wunke ist aus Hannover gebürtig und steht im 77. Lebensjahre. — Weiter beschloffen die Stadtbewohner den Ankauf von Grundstücken für die neue Sportplatzanlage zum Preise von 145 000 Mark.

Sachsen. Sitzung des Neuen Sächsischen Lehrervereins. Am 18. und 14. Juni fand hier eine Sitzung des Landesverbandes des Neuen Sächsl. Lehrervereins statt. Den Hauptpunkt bildete die Besprechung von Lehrplänen. Nach einem eingehenden Bericht von Rumbrecht-Gemnitz stellte man folgende Richtlinien auf: Ein Lehrplan

auf dem Grunde deutsch-sächsischen Kulturbewußtseins fordert: 1. Umfassende Berücksichtigung deutscher Heimat, deutschen Glaubens und deutscher Sitten, deutscher Sprache und deutschen Schrifttums, deutscher Geschichte und deutscher Kunst, deutschen Gewerbes und deutscher Technik und aller körperlichen und künstlerischen Entfaltungsmöglichkeiten des deutschen Volkes; er fordert 2. eine gleichzeitige Herausarbeitung wahrhaft kulturhistorischer und völkischer Gedanken und Taten auf allen Lebensgebieten, er bekennt 3. Freiheit und auch Selbstbestimmungen gegenüber dem Stoff. Stoff ist zugleich Grundlage und Mittel der Bildung. Der Rahmenplan ist verbindlich. Ein verbindlicher Plan dient als Handreichung. Weiterhin berichtete der 2. Vorsitzende Rahn über die Wegendentschrift des Sächsischen Lehrervereins, die unter dem Titel „Zum Kampf um die Volksschule“ erschienen ist und beandert folgende Forderungen: 1. Nicht Spengung, sondern Zusammenfassung der drei Faktoren Kind, Lehrer und Familie als Träger der Bildung, und Erziehungsidee. 2. Nicht problematische sondern systematische Arbeit im Unterricht. 3. Rettung der Jugend vor den Auswüchsen pädagogischer Versuche. 4. Rettung der Jugend vor jeglicher sozialer Verelendung. 5. Wiederherstellung der Staatsschule. 6. Bewahrung der Elternbewegung vor der Ausnutzung zu politischen und persönlichen Zwecken.

Sachsen. Elternratswahl. Es erhielt die Liste der Kirchenanhänger 7 Sitze, die Liste des freien Schulvereins 4 Sitze und die Liste der Freidenker und der SPD. 2 Sitze.

Leipzig. Unterschlagungen eines Postvorstehers. — Unglaubliche Rohheit. Der Postinspektor Dieke, Vorsteher des Postamtes in Leipzig-Neuschönefeld wurde wegen Unterschlagung von 18 000 Mark Renteneulden sowie von 10 000 Mark aus der Postkasse verurteilt. Dieke hatte nach der Entbedung der Unterschlagungen selbst eine strenge Untersuchung anordnet, die sich bis auf die Wohnungen der Briefträger und Geldbestreuer erstreckte. Der Verdacht lenkte sich aber auf den Postvorsteher selbst, weil es allen Beamten aufgefallen war, wie diese bei der Untersuchung zu Protokoll gaben, daß die letzte Gehaltszahlung durchwegs in sehr kleinen Beträgen erfolgt war. Die Gründe zur Tat sind noch nicht aufgeklärt. — Am Dienstag, den 16. Juni, stehen an der Pleiße, an der Dängebrücke an der Rennbahn in der Mittagsstunde gegen 12 Uhr zwei Damen ihre Schalschirme Sieden aus dem Wasser apvorrieren und einen dann mit den Händen weiter auf dem Dammen inspizieren. Daß die eine Dame ein ganz kurzes Stück auf der Pleiße geflossen war, hatte anscheinend den etwa an der Mitte des Bades auf seiner Weise Gras mähenden Mann gedrückt, weshalb er den vorübergehenden Damen grobe Worte zurief, die diese vernünftigerweise nichtschweigend über sich ergehen ließen. Das reizte nun aber den Mann augenscheinlich noch mehr. Er nahm die Sense und schleubete sie mit der stumpfen Seite nach dem einen auf der Pleiße an der Dammanne laufenden Schäferhund, welcher schwer getroffen aufschaute und durch fast völlige Durchschneidung der Sehne und Bruch des rechten Hinterbeines schwer verletzt wurde. Auf Vorstellungen der Aukerst befürzten und weinenden Hundebesitzerin rief der Rohling nun, er werde den Schaden bezahlen. Dabei weigerte er sich kurz darauf, einen jungen Mann zu entlassen, der den stark blutenden Hund davontrug. Es war möglich bald die Personalien des Mannes festzustellen, der für sämtliche Kosten haftbar gemacht wird. Außerdem erfolgte Anzeige beim Tierkubverein, welcher die Bestrafung wegen Rohheit veranlassen wird.

Leipzig. Verkehrsstreit. Das in den Vertretungen und den Bahnhöfen der Großen Leipziger Straßenbahn beschäftigte technische Personal ist am Mittwoch früh in den Streik getreten. Voreerst wird der Fahrbetrieb aufrecht erhalten, es besteht aber Gefahr, daß sich das Fahrpersonal dem Streik anschließen.

Dresden. Tragisches Schicksal. Auf der Cosch-witzer Straße wurde am Montag abend ein 4jähriges Kind von einem Personencauto erfaßt und überfahren. Den Vordana sah zufällig der heimkehrende Vater des Knaben, ohne zu ahnen, daß dieser sein Kind war. Erst als er hinzugeeilt war, mußte er erkennen, daß der sterbende Kleine sein Liebling war. Der Knabe verschied bald darauf.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 18. Juni.

In der Donnerstagssitzung werden zunächst die in der letzten Sitzung ausgesetzten Abstimmungen nachgeholt. Es handelt sich um den kommunistischen Antrag wegen der Gelmarbeiter im Erzgebirge und Vogtland. Der kommunistische Antrag und die Minderheitsanträge werden abgelehnt. Der Ausschuhsantrag, der den Bedürfnissen der Gelmarbeiter entgegenkommt, findet dagegen Annahme. Es folgt die Beantwortung einer demokratischen Anfrage, ob die Regierung bereit sei, dafür zu sorgen, daß für Verhütung weiterer Unfälle

die Uebergänge der Neben- und Kleinbahnlinien wieder mit Schranken versehen werden. Der Regierungsvertreter antwortet, daß die sächsische Regierung wiederholt bei der Reichsbahngesellschaft in diesem Sinne vorstellig geworden sei. Die Reichsbahn verhalte sich aber ablehnend. Die Regierung habe deshalb angeordnet, an den betreffenden Bahnübergängen Warnungstafeln anzubringen. Es werde zu erwägen sein, ob nicht die Reichsregierung zum Einschreiten aufgefordert werden solle.

Der Selegenwurf betreffend Uenderung der Notverordnung über die Aufbringung des Geldbedarfes der Handels- und Gewerbetammer findet ohne Aussprache in Schlußberatung einstimmig Annahme.

Es folgt die erste Beratung über den sozialistischen Antrag auf Vorlegung eines Gelegenheitswerfes gegen die weitere Errichtung von Landrentenstellen im Gebiete des Freistaates Sachsen. Der Antrag wird an den Rechtsausschuß verwiesen.

Dann folgt die Beratung eines kommunistischen Antrages auf Rückgängigmachung der am 1. Mai 1920 durchgeführten Mietpreishöhung im Zusammenhang mit einer Inflationspolitischen Anfrage, die sich mit dem gleichen Gegenstand beschäftigt. Arbeitsminister Eisner erklärt namens der Regierung: Der Abgeordnete Geil scheint nicht zu wissen, daß die Festsetzung der Miets zwangsmäßig auf Grund der Reichsgelege vor sich geht. Es kann keine Rede davon sein, daß die sächsische Regierung eine Mietpreispolitik nach der einen oder anderen Seite hin treibt. Ueber die Notwendigkeit der Erhöhung der Mietpreise bestanden verschiedene Auffassungen zwischen Justiz- und Arbeitsministerium. Eine Kabinettsitzung entschied sich aber für die Erhöhung. Im übrigen stellt die fünfprozentige Erhöhung keine schwere wirtschaftliche Belastung dar, wie es geschildert wird, denn es entfällt auf eine Kleinwohnung nur ein Betrag von etwa 25 Pfennig wöchentlich. Die Regierung wird sich auch in Zukunft nur von sachlichen Gesichtspunkten und wirtschaftlichen Notwendigkeiten bei ihren Maßnahmen leiten lassen.

Was bringen die Kinos!

Epoke-Themer. Die haben vor einigen Tagen bereits Gelegenheit genommen, unsere Leser auf das von Donnerstag bis Sonntag laufende Filmfest „Was zu Kraft und Schönheit“ hinzuweisen. Dieser Film hat in einem einzigen Gelingen die deutschen Hände durchleitet. Nach all dem Dunkel und der Not des Krieges, aufwärts zu Licht und Sonne. Ein Deutschland, das solche Männer, solche Frauen hat, wie sie uns gezeigt werden, dem muß auch bald ein wirtschaftlicher und politischer Frieden beschert werden. Kein Erzieher, keine Eltern, kein Sportmann sollte es verdammen, dieses Wert des Menschensohnenlandes zu schauen.

Wingelands Kinobesprechungen.

Die Carolintheater-Kinobesprechungen bringen in dieser Woche ein durchaus sehenswertes Doppelprogramm. Als wirkungsvolles Bild läuft ein spannender Gesellschaftsroman „Um eines Weibes Ehre“, der als Hauptinhalt die Rede einer durch den Forscher von Diemen aufgegraben und somit in ihrer Ruhe gebrochenen Rummie zeigt, und wie der davon Betroffene erst wieder froh wird, als die mittelbige Hand eines lebenden Mädchens die Rummie wieder ihrer Ruhe übergibt. Der auf durchdrachte Stoff wird in seiner Wirkung noch ganz wesentlich unterstützt durch eine ganz pompöse Aufmachung, interessante Bilder auf einem Zugdampfer und vor allem durch die ruhigen echt wirkenden Bilder der Ausgrabung, wobei der Forscher selbst verunglückt wäre, wenn nicht noch im letzten Moment Hilfe erfolgte. Seine Kletterin Alina von Randul, die ihn später ins Unglück führte, wurde durch Lucy Doraine mit bestem Raffinement ausgesetzt. Nan von Diemen wurde durch George Schmel würdig vertreten und der ebenfalls bekannte Robert Scholz spielte den Diplomaten von Randul, den Gatten Alinas, mit viel Geschick. — Als zweiter Film läuft der neue Fox-Film, „Die Texasreiter“. Er findet begeisterte Aufnahme. Dieser prachtvolle Tom-Mix-Film spielt im wilden Westen und erzählt eine ganze Serie gefährlicher Abenteuer. Wer gern gut reiten, gut schießen und gut kassonieren sieht und überdies für eine ganze, poetische Liebesgeschichte nicht ungenügend ist, veräume nicht den neuen Tom-Mix-Film „Die Texasreiter“, der in den Carolintheater-Schiffpielen von Donnerstag bis Sonntag zur Aufführung gelangt, zu besuchen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Fritz Debus, Druck u. Verl.: Kurt Druß u. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Aue.

Billige Lebensmittel

Table with 2 columns: Product name and Price. Items include Tafelmargarine, frische Ware, Pfd.-Würfel, Kokosfett, Kunerol, Amerik. kondensierte Milch, große Dose, Weizenmehl, 60%, Ausmahlung, Zucker, gemahlen, Viktoria-Erbsen, gut kochend, Riesen-Erbsen, halbe, geschält, Erbwurste, 150 gr. schwer, Smyrna Tafelkaisen, groß, saftig, Kaliforn. Mischobst, 3-Frucht, Bendorfer Schmelz-Schokolade.

Altgütz-Kakao 2 Pakete 88

Billige Waschmittel

Table with 2 columns: Product name and Price. Items include Kernseife, ca. 62%, Fettgehalt, 200 gr.-Kugel, Kernseife, ca. 62%, Fettgehalt, 1-Pfund-Stück, Kernseife, ca. 62%, Fettgehalt, 1 Kilo-Kugel, Wachskernseife, 1 Kilo-Kugel, Salmiak-Terpentin-Seifenpulver mit 15% Seifenschmelz, 2 Pfund, Toiletteseife, versch. Blumengerüche, 3 Stück, Buttermilchseife, Spröckeländer, 5 Stück, Lanolinseife, mild, ger. rein, 5 Stück.

Kaufhaus Schocken

Advertisement for Ata and Henkel's Scheuerpulver. Ata is a cleaning agent, Henkel's Scheuerpulver is a scouring powder. The text describes their effectiveness in cleaning and their safety for use in the home.



Das Beste für die Kinder
 Nahrhaft Schmackhaft Leicht verdaulich
 Mit feinsten Molkerelbutten und bester Vollmilch aus eigener Landwirtschaft hergestellt.
 In AUE zu haben bei:
H. Richard Ficker, Kolonialwaren,
 Albertstraße 5. Fernsprecher 342.

Unentbehrlich für jedes Versandgeschäft
 sowie für jede Firma ist
Kühtmanns Postzonenbuch
 enthaltend sämtliche Postorte des Deutschen Reiches mit den amtlichen Zulagen. Zur Berechnung des Paket-Post-Portos ist das Buch unerlässlich, es wird für jeden Ort mit Postzonen-Tabellen geliefert.
 Preis im Ganzleinen gebunden 6 Mk. (frei Haus)
 Vertreter überall gesucht.
Karl Behrens, Forth & Co.
 Weimar.

Schürzen und Damen-Unterwäsche
 In Ausführung und gute Qualität laufen Sie preiswert bei
H. Irmisch,
 Aue, Weberstraße 36.
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Empfehle diese Woche:
prachtvolle la lebende Schleien
 in all. Größen 1.60 Mk.
Paul Matthes, Aue, Telefon 272.

Empfehle frische Leberwurst II
 solange Vorrat reicht
1 Pfund nur 80 Pfg.
 für Wiederverkäufer billiger.
Kurt Matthes, Fleischermeister

Der Strompreis für Kleinabnehmer beträgt ab Juni bis 300 Benutzungsstunden des Anschlusswertes 48 Pfg. über 300 Benutzungsstunden des Anschlusswertes 16 Pfg. pro Kilowattstunde.
Sächsische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft A.-G.

Heizöl Karbolneum Benzol
 liefert billigst in bester Qualität
Döbelner Chemische Fabrik Oswald Greiner, Döbeln, Sa.

Geschirrführer
 sucht
Schwarz & Walther, Sauggeschäft Aue.

Für die Baderelse

empfiehlt zu billigsten Preisen:

Bademäntel für Damen . . .	39.— 36.—	19.50
Bademäntel für Herren . . .	42.— 34.—	33.—
Bade-Anzüge für Damen . . .	2.50 2.30	2.10
Bade-Anzüge für Herren . . .	1.75 1.60	1.50
Bade-Mützen	3.— 2.50	1.90
Frottierhandtücher	2.25 2.—	1.80
Badetücher in allen Größen		

Zum Selbstanfertigen von Bademänteln:
 gemustert Chenille, Indantierenfarbig, 140 cm breit 14.—
 Frottierstoff, 150 cm breit 7.—

Kaufhaus Max Weichhold

In Aue, Reichsstraße 3, bei Bernhard Lang

kommt das große Seifen- und Waschmittel-Lager im Einzelnen und postenweise zum billigen Verkauf.
 Der billige Verkauf erstreckt sich auf:

Kernseifen, Seifenpulver, Riensenauswahl in Toiletteseifen, Kerzen, Schuhcreme.

Es ist jeder Familie Gelegenheit geboten, Qualitätsseifen billig zu erhalten, solange der Vorrat reicht:

2 Stück echte Buttermilchseife	50 Pfg.
2 Stück Blütenmilchseife	50 Pfg.
1 Stück Lavendelseife	50 Pfg.
1 Kilo reine Kernseife	95 Pfg.
1 Pack Bändhölzer	20 Pfg.
2 Dosen Schuhcreme	25 Pfg.
2 Stück Fliegenfänger	10 Pfg.

Die feine Zahncreme „Albin“ Silberglanzseife

Schmücke Dein Heim, heißt es von alters her und bleibt ewig wahr, denn wir verbringen dort den größten Teil unseres Lebens. Der schönste Raum wird aber verhandelt, wenn er abgetretene Fußbodendielen hat. Hier hilft

Bohner-Farbwachs-Perladin

Es überzieht die abgetretenen Stellen mit einem immer gleichbleibenden Farbüberzug, sodaß ein Neuanstrich unnötig wird. Wunderbarer Hochglanz. Naß wischbar.
 Gelbbraun.
 Mittelbraun.
 Rotbraun.
 Grau.
 Zu haben in allen besseren Geschäften.

Johannes Süß
 Aue i. Erzgeb. Markt

Kinderwagen, Klappwagen, Stubenwagen, Leiterwagen.
 Korbmöbel, Reise-Trag, Wäsch- und Holzkörbe, sowie alle Korbwaren.

Bekannt gute Qualität!
 Große Auswahl!

Sächs. Schweiz

Radiumbad Oberschlema.
 Am Sonntag, von nachmittag 4 Uhr an
Schneidige Ballmusik.
 Ergebenst ladet ein **Hermann Otto's Ww.**

Hotel u. Parkrestaurant „Forelle“
 — Luftkurort Blauenthal. —
 Das angenehme Familienverkehrslokal.
 Diners Bachforellen Soupers
 Reichhaltige Speisekarte Echte Biere Preisw. Weine
 Jeden Sonntag, von nachm. 3 Uhr an:
Im Park: Freikonzert
 mit darauffolgenden BALL.
 Bei ungünstiger Witterung im Saal.
 Fritz Enders.

Bürgerverein von 1863 zu Aue.
 Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr
Monatsversammlung
 im Vereinslokal Bürgergarten.
 Tagesordnung: Aufnahmen, Sommerfest.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Gesamtvorstand.

Kautschuk-Stempel
 für jeden Bedarf liefert
Auer Tageblatt.

Hühneraugen Lebewohl
 das Radikalmittel
 Hornhaut u. d. Fußohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
 Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.
 Bleichdose (Inhalt 8 Plaster) 75 Pfg.
 In Drogerien u. Apotheken.

In Aue: **Central-Drogerie Curt Simon.**
 Erlar & Co. Nach. Inh. K. Sommer.
 In Löbnitz: **Germania-Drogerie Rich. Uhlmann.**
 In Neustädtel: **Adler-Drogerie Paul Martin.**

Biochemie, **Achtung!** Homöopathie.
Heilkundiger Albert Schulz
 Ich behandle alle Krankheiten, wenn noch heilbar, mit nachweisbar sehr gutem Erfolg.
 Urindiagnose. Urinuntersuchung.
 Sprechstunde:
 Sonnabend, den 20. Juni im Hause Hotel zur Eide vom 8 bis 12 nachmittags 2 bis 7
 dann regelmäßig alle 14 Tage Sonnabends.
 Eine Flasche Morgenurin ist mitzubringen.

Wir haben uns dem unerbittlichen Schicksal in Demut fügen müssen, nachdem es der Allmächtige über Leben und Tod gewollt hat, daß uns unser lieber Sohn und Bruder

Werner Gaedt

der immer nur Sonnenschein in seine Umgebung verbreitet hat, durch einen tragischen Unglücksfall so plötzlich entrissen und uns im Tode vorangegangen ist.

Das, was an ihm Irdisch war, haben wir heute in der Frühe der kühlen Gruft übergeben. Seine Kameraden, unter denen er so gerne weilte, haben ihm die Treue über das Grab gehalten, ebenso seine Lehrer; ihnen sei gedankt. Ebenso unseren Werksangehörigen, welche ihn zu Grabe getragen haben und allen lieben Freunden, welche uns Trost und Zuspruch zu spenden versucht haben.

Unser lieber Werner hat im Leben nur Liebe gesät; er hat auch im Tode Liebe geerntet.

AUE am Begräbnistage, den 19. Juni 1925.

Peter Paul Gaedt und Frau Marie geb. Wellner
 nebst Schwestern und Bruder.